



Pressemitteilung der Berliner Erklärung 2017

Regierungsbildung

Gleichstellungspolitik muss auf die Agenda!

Berlin, 30. November 2017: Die Berliner Erklärung 2017 stellt fest: Gleichstellungspolitik gehört ganz nach oben auf die Agenda aller Parteien und zukünftigen Regierungskonstellationen.

Andere europäische Staaten machen es vor: Frankreichs Präsident Emmanuel Macron erklärte in seiner einstündigen Rede anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt gegen Frauen die Gleichberechtigung von Frauen und Männern zum zentralen Thema seiner Amtszeit. In Deutschland genießen die drängenden Fragen der Gleichstellungspolitik derzeit keinen vergleichbaren Stellenwert. Ein Anhaltspunkt dafür sind lediglich zwei Zeilen, die in den Sondierungspapieren des gescheiterten Jamaika-Bündnisses diesem Thema gewidmet waren.

Gleichstellungspolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die nicht nur mitgemeint oder mitgedacht werden kann, sondern mitverhandelt werden muss. Um Verbesserungen zu erreichen, bedarf es wie in anderen Politikbereichen konkreter Ziele und Maßnahmen. Auf diese muss in allen Verhandlungen über eine Regierungsbildung hingearbeitet werden. Gleichstellungspolitik ist in jedem künftigen Regierungsbündnis Pflicht und keine Kür.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern weiter voranzubringen, ist eine Aufgabe für alle demokratischen Parteien. Als weibliche Zivilgesellschaft erwarten wir, dass unsere Kernforderungen von allen Parteien berücksichtigt werden, die über eine Regierungsbeteiligung nachdenken:

- gleichberechtigte Teilhabe,
- gleiche Bezahlung und
- Verbindlichkeit, Transparenz und Monitoring von Gleichstellungspolitik.

Die Berliner Erklärung 2017 hat vor der Bundestagswahl diese drei Kernforderungen den Parteispitzen überreicht und intensive Gespräche geführt. Auch die Jamaika-Sondierungen wurden intensiv verfolgt und begleitet. Die Erwartungen der beteiligten 31 Verbände und Organisationen, die zusammen 12,5 Millionen Frauen repräsentieren, richten sich nun auf oder an die verändert zusammengesetzten, handelnden AkteurInnen, die im Vorfeld der Bundestagswahl mehr Gleichstellung eingefordert hatten. Sie müssen nun ihre vorher formulierten Ziele zur Gleichstellung nach der Bundestagswahl in die Verhandlungen einbringen und in den weiteren Gesprächen über eine mögliche Regierungsbildung auf die Agenda setzen.

Die Forderungen der Berliner Erklärung können Sie unserer Website entnehmen: <http://www.berlinererklaerung.de/>.

Das überfraktionelle Bündnis der Berliner Erklärung existiert seit 2011. Aktuell gehören ihm 17 Frauenverbände als Initiatorinnen an:

Business und Professional Women (BPW) Germany, 1.600 Mitglieder (Deutschland) 30.000 Mitglieder in 100 Ländern, Uta Zech, Präsidentin www.bpw-germany.de

Deutscher Ärztinnenbund e.V. (DÄB), 1.800 Mitglieder, Dr. Christiane Groß M.A., Präsidentin www.aerztinnenbund.de

Arbeitsgemeinschaft Anwältinnen im DAV, 270 Mitglieder, Silvia Groppler, Vorsitzende www.davanwaeltinnen.de

Deutscher Frauenrat (DF), Dachverband von 60 Mitgliedsverbänden, in denen mehr als 12 Millionen Frauen organisiert sind. Mona Küppers, Vorsitzende www.frauenrat.de

deutscher ingenieurinnenbund e.V. (dib), 400 Mitglieder, Sylvia Kegel, Vorstand www.dibev.de



Deutscher Juristinnenbund e.V. (djb), 2.700 Mitglieder, Prof. Dr. Maria Wersig, Präsidentin www.djb.de

Deutscher LandFrauenverband e.V. (dlv), 500.000 Mitglieder, Brigitte Scherb, Präsidentin www.landfrauen.info

EAF Berlin | Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft, 2.000 Unterstützer/innen, Dr. Helga Lukoschat, Vorsitzende www.eaf-berlin.de

European Women's Management Development International Network e.V. (EWMD Deutschland), 470 Mitglieder in Deutschland; 900 Mitglieder europa- und weltweit, Sieglinde Schneider, Past President www.ewmd.org

FidAR - Frauen in die Aufsichtsräte e.V., 730 Mitglieder, Monika Schulz-Strelow, Präsidentin www.fidar.de

Frauen im Management e.V. (FIM), 180 Mitglieder, Bärbel Jacob, Bundesvorstand www.fim.de

Journalistinnenbund e.V. (jb), 400 Mitglieder, Rebecca Beerheide, Vorsitzende www.journalistinnen.de

ProQuote Medien e.V., 200 Mitglieder, 5.000 Unterstützerinnen und Unterstützer, Maren Weber, Vorsitzende www.pro-quote.de

ProQuote Medizin, 700 unterstützende Unterschriften, davon 80 Professoren und Professorinnen, Prof. Dr. Gabriele Kaczmarczyk, Initiatorin pro-quote-medizin.de

ProQuote Regie e.V., 1000 Unterstützer*innen, Barbara Rohm, Vorsitzende www.proquote-regie.de

Verband deutscher Unternehmerinnen e.V. (VdU), 1.800 Mitglieder und Interessentinnen, 16 Landesverbände, Stephanie Bschorr, Präsidentin www.vdu.de

Working Moms – Pro Kinder Pro Karriere e.V. (WM), 450 Mitglieder, Ina Steidl, Vorsitzende Verbandsvorstand www.workingmoms.de

Folgende Verbündete tragen die Forderungen der Berliner Erklärung 2017 mit:

BAG kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen www.frauenbeauftragte.de

Bücherfrauen e.V. www.buecherfrauen.de

bukof - Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen www.bukof.de

Deutscher Akademikerinnenbund e.V. www.dab-ev.org

Digital Media Women www.digitalmediawomen.de

Fondsfrauen www.fondsfrauen.de

Frauen in der Immobilienwirtschaft e.V. www.immofrauen.de

Landesfrauenrat Berlin e.V. www.lfr-berlin.de

Landesfrauenrat Rheinland-Pfalz e.V. www.landesfrauenrat-rlp.de

Pro Quote Bühne e.V. www.proquote-buehne.de

Soroptimist International Deutschland www.soroptimist.de

Verband alleinerziehender Mütter und Väter Bundesverband e.V. www.vamv.de

Verband berufstätiger Mütter (VBM) e.V.: www.vbm-online.de

Webgrrls.de www.webgrrls.de

Women in Film and Television Germany (WIFTG): www.wiftg.de

ZONTA www.zonta-berlin.de

Weitere Informationen: www.berlinererklaerung.de

Pressekontakt: Monika Schulz-Strelow, Präsidentin FidAR e.V., Tel: 030 887 14 47 16